

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

279 (2.12.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-84977](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-84977)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bisherige Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post frei ins Haus 5,10 Mark; zweimonatlich 2,80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,40 Mark; einmonatlich 1,40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1,70 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restzeile 1,00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Beschädigung, Verweigerung in unserem eigenen Betriebe oder dem eines unserer Lieferanten haben der Besizer und Drucker keine Verantwortlichkeit, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint.

Nr. 279. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Vehta, Dienstag, 2. Dezember 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: B. Barckmann, Ahternstraße 51. Fernsprecher 1082. 86. Jahrgang.

Deutsches Reich.

Die preussische Regierung zur Frage der Aufteilung Preußens.

Nach der Abstimmung im Abgeordnetenhaus am letzten Freitag nahm Ministerpräsident Hirth außerhalb der Tagesordnung das Wort zu einer kurzen Erklärung der preussischen Regierung. Die gestrigen Vorkommnisse in der Nationalversammlung veranlassen mich, folgende Erklärung abzugeben: Die preussische Regierung kennt die Fehler des alten Regimes bei Behandlung des Volkes sehr gut, insbesondere während des Kulturkampfes und in der Behandlung der nationalen Minderheiten. Die preussische Regierung aber läßt es für durchaus einseitig, wenn bei derartigen Erörterungen nur immer die Fehler der Vergangenheit erwähnt werden, aber niemals der Umstand, daß das neue Preußen sich mit aller Entschiedenheit von diesen Methoden der Unfreiheit abgewandt hat. Die preussische Regierung steht auf dem Boden der weitgehendsten Demokratie in Gemeinden und Provinzen. Hierdurch wird jede Unterdrückung religiöser und völkischer Rechte unmöglich gemacht. Dieser Politik der Gegenwart können die Versuche zur Zersplitterung Preußens keine Rechtfertigung aus den Fehlern der Vergangenheit beanspruchen. Man darf außerdem bei derartigen Erwägungen nicht vergessen, daß die Idee des einen Deutschlands vor allem durch Preußen Förderung und Verwirklichung gefunden hat. Unsere Aufgabe ist es, mitzuwirken, um den Geist der Einheit in Kultur, Arbeit und Staatspolitik zur Geltung zu bringen. Die preussische Regierung richtet daher die Hoffnung an das Volk zur Einheit im Denken und Handeln.

Der Kampf gegen den Schmutz und Schund in Wort und Bild

gehört jetzt im Volksfahrtsministerium zu einer der dringlichsten Obliegenheiten der Abteilung für Jugendwohlfahrt. Als Referent dafür tritt Professor Dr. Brimmer ins Volksfahrtsministerium über. Seine bisherige Tätigkeit als literarischer und pädagogischer Sachverständiger des Berliner Polizeipräsidiums behält er bei.

Zentrumsanträge in der Preussischen Landesversammlung.

Die Zentrumsabgeordneten Dr. Heß und Schilling haben in der Preussischen Landesversammlung folgende Anfrage gestellt: „Für die auf Grund des Friedensvertrages an die Entente abzugebenden Mittel ist seitens des Reiches ein Betrag festgesetzt worden, der für die in weiten Teilen des Reiches, so namentlich für die im besetzten Gebiete bestehenden Verhältnisse zu niedrig ist. Was denkt die Staatsregierung zu tun, um die Landwirtschaft treibenden Kreise der Bevölkerung davon zu schützen, daß ihr auf diese Weise eine unberechtigte Sonderbelastung auferlegt wird?“

Bayern gegen die frühere Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich?

Aus München wird der „Dona“ gedruckt: Zu den von der „Dona“ mitgeteilten Verhandlungen betreffend die Ueberführung der Eisenbahnen in das Reichsbesitz erklärt die bayerische Regierung, daß sie bislang zu einer früheren Ueberführung der Eisenbahnen in den Reichsbesitz ihre Zustimmung nicht erteilt habe. Die Verhandlungen darüber schweben noch. In erster Linie fragt es sich, ob der Uebertragn der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. April 1920 überhaupt technisch möglich sei.

Eingriffe von „Volksbeauftragten“ in das Strafverfahren.

Der Nationalversammlung ging folgende Anfrage der Abg. Arnstadt und Schiele zu: „Ist der Reichsregierung bekannt, daß im Volksstaat O h a die Volksbeauftragten das Recht, welches der ehemalige Herzog hatte, von welchem er jedoch nur einmal in einer unbedeutenden Sache Gebrauch machte, gerichtliche Strafverfahren niederschlagen, sich anmaßen? So z. B. haben die Volksbeauftragten das Strafverfahren gegen den Rektor Nachi in Koerner wegen Eittlichkeitsverbrechen an Mädchen niederschlagen. Solche

willkürlichen Eingriffe in das Strafverfahren schaffen vollständige Rechtsunsicherheit und verletzen gegen die Reichsverfassung, nach welcher kein Bürger seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf. Ist die Reichsregierung bereit, dafür zu sorgen, daß auch im Volksstaat Gotha Verfassung und Gesetz respektiert werden?“

1. Die Frage der Neuwahlen zum Reichstag

sprukt seit einiger Zeit dauernd in deutschen nationalen Kreisen. So behauptet die „Post“, daß die Neuwahlfrage gegenwärtig sowohl von der Reichsregierung wie von der Mehrheitssozialdemokratie lebhaft erörtert werde und daß der Reichstanzler Bauer nach einer guten Wahlparole suche. Wir können demgegenüber feststellen, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist. Die Frage der Neuwahlen steht zurzeit überhaupt nicht zur Debatte. Die Reichsregierung hat nicht den mindesten Anlaß, sich zurzeit mit dieser Frage zu befassen.

Baldige Vorlegung der neuen preussischen Verfassung.

ov. Berlin, 1. Dez. (Drabitz.) Die Parteien der Preussischen Landesversammlung haben der Regierung den Wunsch zu erkennen gegeben, bald ihr den Gesetzentwurf der neuen preussischen Verfassung vorzulegen. Die Regierung hat die Vorlage für Mitte Dezember zugelegt.

Einigungsbestrebungen in der kommunistischen Partei.

ov. Berlin, 1. Dez. (Drabitz.) Die Berliner Funktionäre der kommunistischen Partei fordern die Einberufung einer neuen Reichskonferenz, um die Spaltung innerhalb der kommunistischen Partei zu überbrücken.

rd. „Eine Schandtat der Unabhängigen“.

Unter diesem Titel geht durch die sozialdemokratische Presse eine Notiz der mehrheitssozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“, in der es heißt: „Am Kaltenstein, dem Organ der Unabhängigen, waren bis vor kurzem zwei Angestellte tätig, die beide Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei sind und trotz alles Drudens von Seiten der U. S. an ihrer Partei festhielten, für die sie beide seit Jahrzehnten gewirkt hatten. Nur aus diesem Grunde, weil sie keine Gesinnungslumpen werden wollten, die ihre Werkzeugzeuge wie ein schmutziges Hemd wechseln, einzig und allein nur deshalb hat die unabhängige Geschäftsleitung des Kaltenstein Volksblatts die beiden Genossen jetzt in der brutallsten Weise auf das Straßenpflaster geworfen.“

In diesem Falle, wo Mehrheitssozialisten Opfer eines terroristischen Aktes werden, wertet die sozialdemokratische Presse über die Schandtat der Unabhängigen. Ueber den sich mehrenden Terrorismus, der jedoch von Mehrheitssozialisten gegen christlich organisierte Arbeiter angewandt wird, schweigt man sich aus. Den christlichen Arbeitern mutet man zu, „Gesinnungslumpen“ zu werden. Wenn auch sie sich „trotz alles Drudens“ weigern, so werden sie ebenso „in der brutallsten Weise auf das Straßenpflaster geworfen“. Das sozialdemokratische Schlagwort von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist der größte Schwindel.

1. Das Zentrum für eine Präsidentschaftskandidatur des früheren Kronprinzen Rupprecht?

Die Berliner „Post“ (Nr. 588) erfährt, daß in weiten Zentrumskreisen die Absicht besteht, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern zur Reichspräsidentenschaft ernsthaft in Erwägung zu ziehen und gegebenenfalls zu befürworten. Von partei-offizieller Seite erfährt die CPC.: Uns, die wir gewissermaßen doch auch mit „weiten Zentrumskreisen“ Fühlung haben, ist von dieser „Absicht“ der „Erwägung“ und evtl. (1)

„Befürwortung“ nichts bekannt. Die Notiz ist überhaupt mit so vielen, jede Behauptung aufhebende Abschwächungen versehen, daß nichts Tatsächliches übrig bleibt, vielmehr die ganze Nachricht sich als Erfindung kennzeichnet. Sollte sie ein Versuchsballon sein? Das Zentrum hat keine Urfrage, in diesem Falle eine Lanbung herbeizuführen. Bileleicht liegt eine Vernechtung vor mit einem Kandidaturversuch bei früheren Wahlen, einem Versuch, der weder von der Bayerischen Volkspartei noch vom Zentrum ausging.

Ein neues Mittel gegen die Tuberkulose?

In der Preussischen Landesversammlung wurde in der Debatte das neue Mittel des Herrn Friedmann, der jetzt zum Professor ernannt ist, erwähnt, das nach den Mitteilungen einiger Redner fast schon nach einer einmaligen Anwendung Heilung der Tuberkulose bringen soll. Verschiedene Redner, u. a. auch der Zentrumsabgeordnete Fahbender, warnen vor übertriebenen Hoffnungen. Die Ärzte seien die Berufenen, über das Mittel ein Urteil abzugeben. Aber auch dort sollte man etwas vorsichtig im Urteil sein. Die medizinische Fachpresse habe oft durchaus oberflächliche Urteile abgegeben. Abgeordneter Dr. Schloßmann (Dem.) warf Professor Friedmann vor, er verheimliche seine Methode und gebrauchte Abootatenrisse, um die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen.

Deutschland lehnt die Entente-forderungen ab?

Aus dem dem Kabinett nahestehenden Kreisen vernimmt die D. A. Z., daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, in der Frage der Ablieferung von 400 000 To. Docks, Baggern und Schiffsmaterial nicht nachzugeben. Es handele sich nicht um eine Prestigefrage, sondern darum, daß die Aufgabe des gebotenen Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz schlechterdings unterbinden würde. Ebenso unannehmbar sei für die Reichsregierung die Kaufel des Annerionsprotokolls, monach es in das Belieben Frankreichs gestellt wäre, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken. Die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, will den Frieden, aber nicht die einseitige Fortsetzung des Krieges. Uns selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, so wie der Friedensvertrag es vorsieht, und nicht nach den neuen Bedingungen.

Morning Post meldet aus Paris, daß die Alliierten die Annahme der neuen Forderungen bis zum 15. Dezember von Deutschland ermart.

Progres de Lyon meldet aus Paris, daß noch weitere Noten der Entente an Deutschland im Rate der Alliierten zur Beratung stehen. General Koch erachtet im militärischen Interesse die baldige Festsetzung der Strafmaßnahmen gegen weitere Außerachtlassung des Waffenstillstandes für geboten. Der Kabinettsrat hat am Mittwoch bereits in diesem Sinne Entschlüsse gefaßt.

Die christlichen Arbeiter der Welt für Freigabe der Gefangenen.

Das Komitee der internationalen christlichen Arbeitervereingung in Zürich-St. Gallen richtet im Namen der christlichen Arbeiterschaft aller Länder an den hohen Obersten Rat in Paris einen dringenden Appell, in dem die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wird. Es heißt darin: Ein volles Jahr nach dem abgeschlossenen Waffenstillstand schwächen noch Hunderttausende Soldaten und Offiziere in teilweise schmackvoller Kriegsgefangenschaft zu einer entwürdigenden Sklaverei der Welt und dieses zum Teil entgegen den feierlichen Zusagen auf einen Rücktransport nach Friedensschluß. Hunderttausende Kriegsgefangene werden noch in Frankreich (432 000), Tausende in Serbien, Rumänien, Griechenland

und den Eismäffen Sibiriens festgehalten. Dies ist etwas, das in allen Jahrhunderten noch nicht dagewesen ist. De ganze zivilisierte Welt und die neutralen Völker empfinden es als bindende Schmach für unser ganzes Zeitalter, als Frevel und Verbrechen in den elementarsten Begriffen von Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Kultur, als eine brutale Herausforderung des Gemissens der Menschheit. Wie soll da der Glaube und das Vertrauen auf ein künftiges Völkerglück Wurzel fassen können? Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen mit angeblicher oder wirklicher Unterhaltung sämtlicher Waffenstillstandsbedingungen von den einzelnen früheren Kriegführenden begründen zu wollen, geht nicht an. Das Recht verlangt eine sofortige Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen nach dem Zustandekommen des Friedensvertrages. Das Völkerecht kennt kein Festhalten der Stellung der Kriegsgefangenen für die Erfüllung aller Vertragsbestimmungen. In dem Gebanken an das ungeheure Leid, im Namen der Greise, Väter und Mütter der Gefangenen, im Namen der verlassen Gattinnen und Kinder protestieren wir angesichts Gottes und der Menschheit laut und feierlich gegen jede weitere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Wir fordern die sofortige Befreiung der Gefangenen in allen Ländern und den raschesten Heimtransport derselben, wie es England, die Vereinigten Staaten und Italien in ebrenhafter Weise tun.

Die italienische Zeitung „Avanti“ schreibt über die letzte Note Clemenceaus wegen der deutschen Kriegsgefangenen: Die unglücklichen Soldaten, die nur das fater, was ihnen befohlen war, sind in Sklaverei verfallen und müssen Zwangsarbeit tun. Fünf Jahr fern von der Heimat sehen sie ihre Zukunft vernichtet. Das erste menschliche Recht, die Freiheit, ist ihnen geraubt worden. Kann man so etwas noch Zivilisation nennen?

Verschiedene Nachrichten.

Eine Vernehmung gegen die Sowjetregierung endet.

WTB. Helsingfors, 1. Dez. (Drabitz.) Die „Pravda“ meldet unter dem 27. November, daß in Petersburg eine neue Vernehmung gegen die Sowjetregierung beendet wurde. Es wurden 60 Personen verhaftet, darunter Mitglieder des nationalsozialistischen Menschewiki-Zentrums.

Die amerikanischen Grubenarbeiter verzweigen die Arbeit.

WTB. Chicago, 1. Dez. (Drabitz.) Nachdem die Grubenarbeiter beschlossen haben, die Lohn-erhöhung zurückzuweisen, hat der Gouverneur des Staates Kansas angeordnet, die Rohlenförderung mit 4000 Freiwilligen aufzunehmen, zu deren Schutz er 400 Soldaten aufgeben hat.

Dänisch-russische Verhandlungen.

WTB. Kopenhagen, 1. Dez. (Drabitz.) Amtlichen Mitteilungen zufolge wird das dänische Ministerium den Besuch Rimowits in Kopenhagen dazu benutzen, um Rimowits die Freigabe der verhafteten Dänen in Ausland zu erlangen, ferner die Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Nordschleswig, die sich in russischer Gefangenschaft befinden.

Das neue Wahlgesetz für Norwegen.

WTB. Kopenhagen, 1. Dez. (Drabitz.) Nationalstorting“ meldet aus Reval: Die Kampfe bei Narva haben eine furchtbare Ausdehnung angenommen. Die Bolschewiki wurden von mit Maschinengewehren bewaffneten Matrosen gegen die Engländer getrieben, die auf ganz kurzer Entfernung ein vernichtendes Feuer eröffneten und ein furchtbares Blutbad anrichteten.

Verzögerter Austausch der Ratifikationsurkunden.

WTB. Kopenhagen, 1. Dez. (Drabitz.) Nationalstorting“ meldet aus Reval: Die Kämpfe bei Narva haben eine furchtbare Ausdehnung angenommen. Die Bolschewiki wurden von mit Maschinengewehren bewaffneten Matrosen gegen die Engländer getrieben, die auf ganz kurzer Entfernung ein vernichtendes Feuer eröffneten und ein furchtbares Blutbad anrichteten.

Verzögerter Austausch der Ratifikationsurkunden.

ov. Haag, 1. Dez. (Drabitz.) Lloyd George erklärte im Unterhause, der Austausch der Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages werde sich verzögern, da Schwierigkeiten zu überwinden seien wegen einer Verständigung mit der deutschen Regierung hinsichtlich der Verwaltung der besetzten Gebiete.

Der Streit um die Präsidentschaft der französischen Kammer.

ov. Genf, 1. Dez. (Drathb.) In der Umgebung Clemenceaus wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Wiederwahl Deschanel zum Kammerpräsidenten zu verhindern. Man macht Deschanel den Vorwurf, daß er den Sozialisten während des Krieges viel Redefreiheit gewährt habe und daß er sich bei der Wahl gemeinsam mit einem radikalen Kader aufstellen lassen. Nachdem Viviani es jedoch abgelehnt hat, gegen Deschanel als Kandidat anzutreten, versucht man, Millebrand dazu zu bewegen, sich als Kandidat aufstellen zu lassen.

Italienischer Protest gegen die Zurückhaltung der Gefangenen.

ov. Rom, 1. Dez. (Drathb.) Die sozialistische Kammerfraktion nahm in ihrer gestrigen Sitzung einen formellen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen in Frankreich an, die sie eine kulturwidrige erzwungene Kälnererei nennt. Es ladet die Proletariat aller Länder ein, auf die sofortige Befreiung hinzuwirken.

Italienische Stimmen gegen den Verfallener Vertrag.

Bern, 29. Nov. Anlässlich der bereits gemeldeten Ausrückung Lurais in der „Critica Sociale“ beipflichtet ein Leitartikel des „Secolo“ die unabsehbare Notwendigkeit der Revision des Verfallener Gewaltvertrages, der die Ruhe der Welt von neuem gefährdet. Der Vertrag verbinde, daß Deutschland nach der Befreiung von Militarismus und Imperialismus ein Element des Friedens, der Ordnung und des Fortschritts werde. Er bewirke, daß es statt dessen mit dem Rachegebanke umgehe.

Wie durch Funktspruch aus Rom gemeldet wird, veröffentlichen die Presse folgende Erklärung, die von einer katholischen Partei ausgeht: Im Hinblick auf die Ratifikation des Verfallener Vertrages durch ein königliches Dekret, die notwendig wurde aus der Befürchtung, vor einer Regierung- oder sogar Staatskrise, wird in gewissen Kreisen eine völlig verfassungsgemäße Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen nichtsozialistischen Gegnern ermöglichen würde, nicht mit den sozialistischen Gegnern eine gemeinsame Sache machen zu müssen. Diese Lösung würde darin bestehen, wenn der Vertrag unter der Bedingung ausgeht, daß die Regierung die Initiative dazu ergreift, Änderungen darin aufzunehmen, die notwendig sind, um die Ausführung des Vertrages zu erleichtern und ihn dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und dem wirklichen Frieden, für den Italien in dem Krieg gezogen ist, mehr anzupassen.

Oldenburg.

rd. Zum oldenburgischen Kirchenausstritts-Gebetsentwurf

gingen zwei Eingaben ein. Der Monistenbund in Wilhelmshaven-Rüstringen fordert, daß die Austrittsentscheidung schon vor jedem Gemeindevorstandes oder Ständesammlungen erfolgen kann. Diese Regelung ist völlig unannehmbar. Wir haben allerdings von Seiten des Monistenbundes andere Vorschläge auch nicht erwartet. Wo Kirchenscheidungslehre, kann nicht einmal eine objektive Stellungnahme zur Kirche erwartet werden. Der Landtag wird über die Eingabe zur Tagesordnung übergeben.

Eine Eingabe des evangelisch-lutherischen Oberkirchenrates lehnt den oldenburgischen Entwurf ab, weil er eine Schädigung der Religionsgesellschaften zur Folge habe. Die Eingabe weist dann hin auf die Regelung der Angelegenheit in Preußen, wie sie durch die bürgerlichen Parteien erfolgen wird, und ersucht eine ähnliche Behandlung auch in Oldenburg einzuführen. Wir können diesen Wunsch nur unterstützen. Der vorliegende Entwurf wird den Interessen der Religionsgesellschaften nicht gerecht, weshalb er durchgreifender Änderung in sachlicher Beziehung seitens des Landtags bedarf.

Folgender dringlicher Antrag

ing an den Landtag: Der Landtag wird ersucht, im Interesse der oldenburgischen Landwirtschaft und zur Sicherstellung des Anbaus von Brotgetreide folgendes zu beschließen:

- 1. den Erlass eines Ausführungsverbotes für Hafer, Hülsenfrüchte und Dünge;
 - 2. den Erlass eines Gesetzes, welches die Landwirtschaft der Mark zwingt, die Anbaufläche für Getreide und Hülsenfrüchte so zu vergrößern, daß dieselben wenigstens 25 Proz. der Gesamtfläche jeder Landstelle betragt;
 - 3. den Erlass eines Gesetzes, welches den erzeugten Dünge der Mark 3 Jahre lang reiflos den Besitzerbauern zu kommen läßt. Ein Austausch von Dünge gegen Dünge soll hierbei unter Grundlage von Höchstpreisen erleichtert werden.
- Schmidt-Bochormerfeld. Unterf. Fröble; Behrens; Dannemann; Denis; Sanf.
- In Anbetracht der Wichtigkeit der Anträge bitte ich um baldige öffentliche Sitzung und Erledigung des Antrags. Schmidt.

Aus dem oldenburg. Münsterland

Weschn, 2. Dezember.

Der gestrige Thomasmarkt war gut besucht. Der Viehaufrtrieb war mäßig. An Milchvieh schätzten wir 14 Stück. Gefordert wurden überall, selbst

für „Büchtes“ über 2000 Mk., für gute, vor dem Kalben stehende Quenen bis 3200 Mk. Schweine waren in 5 oder 6 Kästen aufgetrieben. 5 bis 6 Wochen alte Tiere kosteten, je nach Qualität, 60-80 Mk.; dementsprechend 10-12 Wochen alte Tiere 150-160 Mk. Der Handel war im allgemeinen flau. Sonst war der Markt nicht von Bedeutung. Die paar Rauschbunde und das Karupell konnten in der Hauptsache nur am Nachmittag Geschäfte machen.

Schon wieder von Dieben gebrandschagt wurde in der Nacht zum Sonntag der Graf v. Merfeld. Diesmal fielen den anscheinend orts-kundigen Einbrechern ca. 400 Pfund Rapskamen und ein größeres Quantum Weizen zur Beute.

Ein Fuchsschell wurde hier heute für den Preis von 300 Mk. angeboten. Für das allerdings prächtige Fell waren dem Jäger bereits 250 Mark geboten worden.

Die „Räuber“, das bekannte Jugenddrama Schillers, wird in diesem Jahre von der Alhambra des hiesigen Communiums im Schöpferschen Saale am 7. und 8. Dezember zur Aufführung gelangen. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß dieser alte, bei allen Westfalen beliebte Verein nach einer Pause von zwei Jahren mit einer dramatischen Aufführung und zwar mit Schillers „Räuber“ wieder an die Öffentlichkeit treten kann. Hoffen wir, daß nach Überwindung großer Hindernisse aller Art, die besonders in der angestreblichen Zeit begründet liegen, der Alhambra Sohn und voller Erfolg wie in früheren Jahren zuteil werde.

Eine Sperre des Personenverkehrs auf der Eisenbahn steht, wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, nach den bisherigen Dispositionen nicht zu erwarten.

Der Münsterländische Volkshilfskassenverein und der Oldenburger Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose haben an den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der sie zur Durchführung ihrer wichtigen Aufgaben einen Staatszuschuß fordern und zwar der ersten genannten Verein einen solchen von 20 000 Mk., der Oldenburger Verein einen solchen von 30 000 Mk.

Die Januar-Zinsheine der zur Bezahlung von Prämienanleihe verwendeten Kriegsanleihe dürfen durch jede Annahmestelle, bei welcher die Zeichnung der Prämienanleihe erfolgte, begabst werden. Es bedarf lediglich der Vorweisung des Zeichnungsscheines.

Die Bezirkskonferenz der hies. Arbeitervereine unseres Landes, die verschiedentlich verschoben werden mußte, findet nunmehr am Mittwoch, dem 3. Dezember, in Cloppenburg statt.

Gerüchte über eine am 3. Dezember beginnende Einstellung des sämtlichen Personenverkehrs sind vielfach verbreitet. Wie wir erfahren, sind diese Gerüchte unbegründet; wenigstens ist bei den zukünftigen Behörden unseres Landes nichts davon bekannt.

Im Baugewerbe haben vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverbande und den Gewerkschaften über die Gewährung von Teuerungszulagen stattgefunden. Eine Einigung konnte bislang nicht erzielt werden.

Die „Christliche Arbeiterin“, so nennt sich eine neue Monatszeitschrift, die vom Arbeiterinnenvereine der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird.

Dinklage, 1. Dez. Eine einmalige Teuerungszulage bemilligte die Firma Holzhaus ihren sämtlichen Arbeitern. Lediglich bis zu 18 Jahren erhalten 100.- Mk., ununterrichtete Arbeiter bis zu 150.- Mk., verheiratete Arbeiter mit weniger als drei Kindern 200.- Mk., verheiratete Arbeiter mit mehr als 3 Kindern 250.- Mk.

Cloppenburg, 1. Dez. In der am Freitag abgehaltenen Magistrats- und Stadtratsitzung gab Herr Ingenieur Langheim aus Delmenhorst einen Ueberblick über die Kosten des zu erbauenden Elektrizitätswerkes, die sich nach seiner Berechnung auf 554 000 Mark belaufen. Bei der Wahl von Gleichstrom und bei Verbrauch von 60 000 Kilowatt, würde man, wenn man die Kilowattstunde mit 1 Mark bezöhlen würde und wenn man ein Anlagekapital von rund 600 000 annehme, auf 10 Proz. Verzinsung, d. h. 60 000 Mark Zinsen rechnen können. Wenn der Herr aber meine, man dürfe die Kilowattstunde auch mit 2 Mk. einlösen, da man auf dem Lande 3-3,50 dafür bezahle, so wird er mit dieser Verringerung in Verbraucherkreisen wohl wenig Beifall finden. In nächster Zeit soll eine allgemeine Versammlung abgehalten werden, um dem Volk Aufklärung zu geben.

Cloppenburg, 1. Dez. Das Amt macht bekannt, daß Krankenkasse wieder in den bestimmten Geschäften zu haben ist, daß die erste allgemeine Verteilung von Lebensmitteln voraussichtlich am 5. Dezember stattfindet und daß namentlich für Kinder und Kranke, möglichst zu Weihnachtstagen Weizenmehl verteilt werden soll.

Cloppenburg, 1. Dez. Die Stadtgemeinde Cloppenburg ist in folgende 3 Fleischbezugsgebiete eingeteilt: Bezirk 1 (alters Cloppenburg, also der östlich der vorgenannten Grenze liegende Stadtteil); Fleischbezugsgebiet: Amtsbezirk Dr. Krudewitz; Cloppenburg, Bezirk 2 (alters Krappendorf, also der westlich der vorgenannten Grenze liegende Stadtteil); Fleischbezugsgebiet: Tierarzt Werner, Cloppenburg, Bezirk 3 (äußerer Stadtbezirk); Fleischbezugsgebiet: Rohde, Cloppenburg. — Schlachttag sind für die Bezirke 1 und 2 alle Werktage und für Bezirk 3 Montag, Mittwoch und Freitag.

Offen i. O., 1. Dez. Am 27. Dezember abends fand im Schwegmannschen Saale eine große Bürgerversammlung statt. Es wurde zu der in Kürze stattfindenden Ortsratswahl Stellung genommen und nach längerer Beratung und Vorschlägen folgende Liste aufgestellt: Kaufmann Aug. Meyer; Kaufmann Ludwig Schöde; Maurermeister W. Schütte; Bäckermeister W. Frengelmann; Fabrikarbeiter Ant. Niemann; Postverwalter Brakmann als Kandidaten. — Kaufm. Ant. Schöde; Wirt Gerh. Wille; Schmiede-

meister Gehr; Malermeister A. Wille; Fabrikarb. Jol. Frengelmann; Zahnbeamter Aug. Meyer; Metzgermeister Es. Eschke. Es wird wahrscheinlich bei Anstellung dieser Liste bleiben und kann man ja von einer Wahlhandlung abgesehen werden. — Des weitern kamen verschiedene Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck. Es wurden namentlich Verbesserung des Bürgersteiges bei Jung, bessere Straßenreinigung, Pflasterung des alten Föhninger Weges der sog. Wilhelmstraße, Verleinerung des Fleischnetzes von Dreesmann bis zur Poststraße, Verbreiterung und Aufpflasterung der Westerer Straße. Letzteres namentlich wurde als sehr dringend bezeichnet und ist die Straße auch in ihrer letzten Hälfte wirklich schauerhaft und kaum passierbar, namentlich im Dunkeln. Es soll der Ortsverwaltung ein dahingehender Antrag unterbreitet und die Sache baldmöglichst in Angriff genommen werden. Auch die anderen Arbeiten wurden als notwendig bezeichnet, bloß sehr wenig überall die Kosten, die der Ort allein tragen müsse.

Sobald das Elektrizitätswerk freigegeben und durch eine dritte Leitung gelegt und eine Straßenbeleuchtung erstellt werden, was nur zu begrüßen ist. — Eine bessere Regelung der Wohnungsfrage und Instandhaltung verschiedener Wohnungen wurde gewünscht. — Bezüglich der Einführung der veränderten Herr Wehage von der Sitzung des Ausschusses und stellte baldige Zustimmung von Ober zur Ausführung von Schulbauern seitens des Amtes in Aussicht. Dieses soll ein Minderbemittelte in gerader Weise verteilt werden. Auf soll vor Weidmann eine Zustimmung von Mehl erfolgen. Unverwendbare Sachen bei den Lebensmittel-, wie Suppenwürfel, Kaffee-Ertrag granada in Aussicht nicht mehr genommen werden. Des weiteren Wünsche wurden laut betreffs besserer Futterverleinerung. Eine Eingabe wurde an die Landesverleinerung gerichtet, die dringende Neuzugang und Verbesserung der Butter- und Fettverleinerung fordert. Bei Mangel an Butter sollen zuerst die Karteninhaber beliefert werden. Es ist auch dringend notwendig, da die Milchlieferung zur Zeit hier sehr im Argen liegt. Auch wurde kurzgesagt ein anderer Antrag der Kammerer verlangt die noch immer die Butter bekommen. Eine weitere Eingabe ist aus Amt gemacht, die Jumeining von Weizenmehl fordert, wie auch an andere Vlemer gerichtet, sowie öftere und bessere Zuteilung von Lebensmittel. Herr Leonh. Engelkamp, beantragt noch in trefflichen Ausführungen, daß über die Sitzungen der Gemeinde- und Ortsverleinerung nichts in die Öffentlichkeit käme. Herr Gemeindevorsteher Kowalski erwiderte, daß von der Gemeindevorleinerung Herr J. Wehage gewöhnt worden sei, um an den Sitzungen teilzunehmen und die Tagesordnungs-Beschlüsse aufzunehmen und selbe der Öffentlichkeit durch die Zeitungen bekannt zu geben. Der Gemeindevorsteher wäre damit aber nicht unzufrieden gewesen. Die Verleinerung ist anderer Ansicht und fordert dringend die Veröffentlichung, da man nicht nur Interesse, sondern das Recht habe, die Verhandlungen zu kennen, in anderen Orten würden sie schon längst bekannt gegeben. — Da die Kohlenverleinerung ein ganz zum Stillstand gekommen ist, wurde noch Verleinerung mit Holz zu nächstem Preise seitens der Gemeinde für Minderbemittelte gewünscht. Auch bezüglich der Speck-Verleinerung wurden verschiedene Wünsche laut. Hoffentlich haben die Anträge einen Erfolg. Um 10 1/2 Uhr schloß Herr Aug. Meyer die gut verlaufene Versammlung.

Offen, 1. Dez. Am Sonntag beginnt die h. Mission und wir wollen hoffen, daß dieselbe für unsere ganze Gemeinde segensreich ist. Das schöne Wetter ermöglicht auch den Landbewohnern den heiligen Besuch der Predigten. — Der Besuch der Kurkur hat bis heute noch keine Fortsetzung erfahren. Es wäre doch schade, wenn er mit einer Sitzung sein Ende erreicht hätte. — Das schöne Fest der Silbernen Hochzeit begehen heute der Fabrikmeister Heinz. Niemann und Frau; vor einigen Tagen beginnt Nieschle Eheleute Hafekamp-Feide.

Gott und der Krieg.

In der Volksvereinsversammlung in Weschn behandelte Dr. W. Effert aus M. - Gladbach in 1 1/2 stündiger Rede das Thema „Gott und der Krieg“. Da die Ausführungen allgemeines Interesse beanspruchen können, geben wir sie nachstehend kurz wieder.

Wenige Wochen nach dem Erdbeben von Messina bin ich auf jener Insel ans Land gestiegen, um das Trümmerfeld zu besuchen. Das war mir ein schmerzliches Wiedersehen; denn ich war in Messina gewesen und hatte mich gefreut an den stolzen Bauten und den alten Patrizierhäusern, die gebaut schienen für die Jahrtausende. Es lag in dem Trümmerfeld. Ich erwähne dies, weil ich weiß, daß es in der Seele und im Gedankensleben von manchen unserer Zeitgenossen nicht anders aussieht. Wie jenes Erdbeben, so hat der Krieg und das furchtbare Ergebnis an manchen gewirkt wie ein seelisches Erdbeben, das ihnen das Gebäude ihrer Weltanschauung zertrümmert. Es gibt nicht wenige, die sich für berechtigt halten, Gott und seiner Kirche zu empfinden, weil sie zum Beispiel nach einem solchen Krieg nicht verhindert habe, der zweite Teil den schlechten Ausgang des Krieges auf das Konto Gottes, der dritte macht Gott bester für die allgemeine moralische Verleinerung, ein anderer redet vom Bankrott des Christentums und ein dritter weiß zu erzählen vom Bankrott der katholischen Kirche, die nicht imstande gewesen sei, den Weltkrieg zu verhindern. Diese alle halten sich für berechtigt, Gott den Rücken zu kehren. Ihre Einwendungen gipfeln sämtlich in der Frage: Warum hat Gott den Krieg nicht verhindert? Ich stelle die Gegenfrage: Wie hätte Gott den Krieg verhindern sollen?

Bevor wir jedoch hierzu Stellung nehmen, will ich einige Vorbemerkungen allgemeiner Art voranschicken. Zunächst erwarten alle, welche die Frage stellen, warum Gott den Krieg nicht verhindert habe, von Gott ein ganz besonderes Ereignis. Jeder, der die Frage aufwirft, beiläufig bemerkt, wie tief in der Menschheit der Gedanke verankert ist, daß Gott in die Geschichte der Menschheit eingegriffen kann. Mit dieser Frage geben sie ihren Standpunkt preis und bestätigen den Spruch: Not lehr't beten.

Ein anderer Einwand: Das Gebet hätte im Kriege keinen Wert. Ich habe Vater und Mutter kennen gelernt, die die Kirchenfahrt eintranten, aber nur solange, als Gefahr bestand. Wenn der Sohn aus der Gefahr war, fanden sie nicht mehr den Weg zur Kirche. Diesen gegenüber muß man sagen, daß sie wieder eine richtige Vorstellung vom Gebet nach einem richtigen Gottesbegriff haben. Das sind die Leute, die immer vom lieben Gott reden als einem „guten alten Oheim“. Man gibt ihm ein wenig Gebet, dafür ist er verpflichtet, ihnen ihren Willen zu tun, sonst kündigt man ihm die Freundschaft. Das ist kein Heiligtum. Die Heiden opfern Schafopfern, weil sie sich fragen: Je mehr ich opfere, desto größer ist der Druck auf Gott. Denn, wenn auch eine solche Opferung Gottesgebet, sondern auch eine falsche Vorstellung vom Wesen des christlichen Gottes. Der Christ betet in jenem Willen, wie in der Mitte des Vater unsert: Dein Wille geschehe, oder wie in der Oelbergkelle: Vater, wenn es möglich ist, laß diesen Kelch an mir vorübergehen, doch nicht mein, sondern dein Wille geschehe. Dieses Gebet und diese Einstellung sind es, die den Christen ausrecht erhalten, komme, was kommen mag. Wie das Kind sich schmeigt in die Arme der Mutter, so schmiegt sich der betende Christ in die Arme Gottes, weil er davon überzeugt ist, daß, was immer über ihn kommt, Gottes oder nach menschlichem Urteil schlimmes, daß das alles aus Gottes Hand kommt, der es gut mit seinen Geschöpfen meint. Diese Einstellung schafft Heiden des Leidens und Leidens. — Ich mußte einmal einer Mutter die Mitteilung gemacht, daß nach drei Söhnen der vierte und letzte ins Grab gesunken sei. Schwereu Serzens bin ich die Treppen hinaufgestiegen, schwer habe ich mit Worten gekämpft, bis die Hofstätt überbracht war. Mit ebenso großer Bewunderung aber habe ich das Haus verlassen; denn dort habe ich gesehen, was christliches Heidentum ist. Sie sagte: „Glauben Sie mir, ich habe noch Gottvertrauen, ich weiß es und bekenne es aus tiefer Seele. Unser Herrgott wird wissen, was meinem Waben am besten ist.“ Das ist Heidentum. Ein Gegenstück: Wenige Wochen nachdem obermals eine solche Mission, ich mußte einem Vater, der sich nicht um die Religion gekümmert hatte, die Nachricht bringen, daß sein Sohn gefallen sei. Der Vater sagte: „Ich empfinde sich ein Ringkorn um den Hals, den der Mann aus der Tischlade griff, um sich zu erleubigen. Wo ist das größte Heidentum?“ Ein weiterer Einwand: Das Gebet kann gar keinen Wert haben. Wenn die Finsternis den Lauf verlassen hat, kann das Gebet der Dahingeblichen nicht mehr helfen. Nicht? Wir werden sehen. Die Mutter sitzt in der Kammer. Der Sohn fährt im Schnellzug durch die Nacht. Ein Felsblock liegt auf der Schiene und droht den Zug ins Verderben zu bringen. Die Mutter betet. Ein Feindkorn würde zu ihr fragen: Was wollen Sie? Sie mit Ihrem Rosenkranz können den Stein nicht von den Schienen bringen. Doch die Mutter betet. Den Feindkorn erfaßt eine Unruhe. Sie treibt ihn hinaus. Er steht das Unheil und bricht den Zug mit der Glendelnerne zum Stehen. Keiner weiß, daß sie alle inessant in der schwersten Gefahr gewesen sind. Keiner weiß davon und erfährt jemals davon. Erst am Ende der Zeiten werden es gar viele erfahren, wie das Gebet anderer es war, das für ihren Lebensgenuß eine Segensquelle gewesen ist. In wievielen im Felde war der Tod auf diese Weise auf Haareschärfe vorbeigekommen sein. Sie alle wissen nicht, weshalb. Erst am Ende der Zeiten werden wir auch diese Zusammenhänge kennen lernen.

Als Deutschlands Zusammenbruch nicht mehr zu verbergen war, haben Persönlichkeiten in führenden Stellungen ihrem Leben ein Ende gemacht. Sie glauben, die furchtbare Schmach nicht überleben zu können. Die Weltgeschichte — das Weltgericht — dieses war ihr letzter Satz. Ist der Satz wahr, hat er allgemeine Gültigkeit? Man kommt dazu nicht vom Glauben an einen persönlichen Gott, sondern von einer ungläubigen Weltanschauung aus, die man Monismus und früher Pantheismus nannte. Wer sagt: Das Will, die Natur, das Uniderrum ist die Gottheit, die sich auswirkt im Naturprozess des Wachstums und in der Geschichte der Völker, wer die Gottheit so auffasst, kann zu gar keinem anderen Grundbegriff kommen, als daß die Weltgeschichte des Weltgerichtes ist; dann auch er ist gewarnt, seinem Gott, dem persönlichen Gotte, die Gerechtigkeit zu zuschreiben. Er muß also auch dem geschichtlichen Werdegang der Menschheit göttliche Gerechtigkeit zuschreiben. Der Satz ist die logische Folgerung aus der monistischen Weltanschauung. Er hat aber bloß Geltung in einem ganz beschränkten Sinne, etwa in dem Sinne, daß alles Was sich auswirkt zum Verhängnis, wie im Einzelnen, so im Leben der Völker. Wenn ein leichtsinniger Mensch die Wege des Lasters wandelt und in die Söhle des Lasters sich begibt, und wenn ihm dort die Gehirnpneumonie ergriffen, dann werden wir sagen dürfen: Das ist die immanente Gerechtigkeit. Hier bedarrt es sich der Satz, daß alles, Was sich rächt, Das Wasse wirkt sich rächend aus, und der es auf sich geladen hat, fällt den Folgen der eigenen Tat anheim. In diesem Sinne geht der Satz, aber nicht in dem allgemeinen Sinne, daß alle gerechte Sache oder das, was wir beifür haben, unter allen Umständen den Sieg davontragen müßte.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 2. Dezember.

(-) Im Verzeichnisse des Amtsverbandes wird vom 4.-11. Dezember verteilt: 1/2 Pfund Ausl.-Mar- melade auf Nr. 515 grübl; 1 Paket Nahrung auf Nr. 516; 1 Pfund Brot auf Nr. 732 rot; 1/2 Pfund süßfruchtige auf Nr. 733 rot; 1/2 Pfund Käse auf Nr. 734 rot; 1/2 Pfund Auslandspek auf 7 Mk. auf Nr. 22 der Einfuhrzettelkarte; 1/2 Pfund Reis für 2,50 Mk. auf Nr. 749 gelb. Vom 4. bis 18. Dezember gibt es auf Dezemberabschnitt der Zuckerkarte 1 1/2 Pfund Zucker.

(-) Der 25-jährige Dienstjubiläum konnten gestern Eisenbahn-Oberwerkmeister Ernst Meyer, Othenburg, und die Lokomotivführer Jacob Wildermann, Oldenburg, Anton Kloppenburg, Oldenburg, Heinrich Pönnkamp, Othenburg u. Bruno Köhler, Othenburg begeben.

(-) Personalkonferenz. Zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses für Säuglingspflegerinnen sind ernannt worden: Obermedizinalrat Dr. Schlegel, Leiter, Vorsteher, Medizinalrat Dr. Willers, Medizinalrat Dr. Lamm. Als Stellvertreter ist der Obermedizinalrat Dr. W. A. n s t e d t bestimmt worden.

(-) Der Oldenburgische Philosophenverein wendet sich in einer ausführlichen Eingabe an den Landtag gegen die sofortige Erklärung der Seminare zu höheren Lehranstalten, wie sie durch die Oldenburgische Lehrerverordnung gefordert wird.

h. Die hiesigen Gewerkschaften haben einen Anschlag eingeleitet, der mit dem Ministerium ihrer Maßnahmen gegen den Schleißhandel in Oldenburg leben in Verbindung gebracht werden soll. Die ersten Besprechungen fanden bereits am Freitag statt. Die Gewerkschaften sind jetzt entschlossen, nunmehr energisch gegen die Schleißhändler und Wucherer vorzugehen. In unserer Stadt werden folgenden Verhaftungen von Schleißhändlern vorgenommen.

Die Konferenz der Verkauensmänner des Volksvereins fand am Donnerstag nachmittags im Kronprinzen Saal. Herr Dr. M e f f e r t (M. Göttsch) sprach über „Wiederbruch und Wiederherstellung des Reichs“, wobei besonders auf die Aufgaben hinwies, die dem kath. Volksteil obliegen, die in einer systematischen Aufklärungsarbeit durch Vorlesung und Kurse bestehen. In der anschließenden Ansprache wurde u. a. mitgeteilt, daß für die politische Schulung der Wählerfortschritt wieder ins Leben gerufen werden soll und daß auch ein Unterrichtskursus in der neugegründeten Jugendabteilung des kath. Arbeitervereins abgehalten wird. - Der Abendvortrag fand, da der Saal des „Kronprinzen“ zweifelslos nicht ausreichte und ein größerer Saal an dem Abend nicht zur Verfügung stand, in der Kirche statt. In glänzender Vortrage sprach Dr. Meffert über „Gott und Krieg“.

Mit der Neugründung der Preisprüfungsstelle beschäftigt sich eine am Freitag im Rathhau-

sauffassende Konferenz von Vertretern beteiligter Organisation. Stadthauptmann Finnen legte die Notwendigkeit der Neubildung der Preisprüfungsstelle dar. Dieser Stelle sollen angehören zur Hälfte Mitglieder aus den Kreisen der Waren-erzeuger, der Groß- und Kleinhandl., zur anderen Hälfte Mitglieder aus Verbraucherkreisen. Nach dem aus der Versammlung gemachten Vorschlägen sollen auf die Produzenten 18 Vertreter und auf die Konsumenten ebenfalls 18 Vertreter entfallen. Erstgenannte Vertreter wird der Gewerbe- und Handelsverein vorschlagen. Ueber die Verteilung der Verbrauchervertreter kam nach längerer Aus- sprache folgende Einigung zustande: Gewerkschaftskartell 7, Sozialer Ausschuss 4, Beamten-organisation 3, Hausfrauenverein 2 und Arbeits- gemeinschaft freier Angestelltenverbände 2 Ver- treter. Geplant ist die Errichtung eines Bureau's, in welchem ein Geschäftsführer und eine Abteilung in allergrößter Zeit ihre Arbeit aufnehmen.

Im Pflanzgewerbe ist dieser Tage zwischen dem Geschäft und dem Reichsverband Deutscher An- gesehener ermalig ein Tarifvertrag abgeschlossen, und somit eine Verständigung erzielt.

Eine Anschuldigung der hiesigen Orts- krankenkasse fand am Freitag statt, an der der Arbeitgeber und 14 Versicherte teilnahmen. So Rechnungsprüfer wurden Kaufmann Eilers und Former Nüll gewählt. Der vorgelegte Vor- schlag schließt in Einnahme mit 966 022 Mk., in Ausgabe mit 921 000 Mk. ab. Beschlossen wurde, daß in Zukunft in den Ausschüssen von Vor- stande ein Bericht über die Tätigkeit der Kasse gegeben wird.

Ein Verband für Hausangestellte und Diensthelfer ist hier von der sozialdemokratischen Gewerkschaft ins Leben gerufen.

Es wird ausgegeben von 4.-10. Dez. auf Nr. 697 1 Pfund Weibrot; auf Nr. 698 1/2 Pf. Sackreis; auf Nr. 699 1/2 Pfund Narmelade; auf Nr. 700 ein eingeleitetes Ei (52 Pfg.) und Einfuhrzettelkarte 35 1/2 Pfund amerikanische Boh- len (35 Pfg.).

Die „Nachricht“, die vom Großherzog an einen rheinischen Industriellen verkauft worden ist, hat vorgestern den hiesigen Hafen verlassen und wird ihm wohl nie wieder ansähen. Der Luftdampfer wurde von dem neuen Besizer von hier nach Hamburg übergeführt.

Ueber die Zukunft der Provinz Lübeck wird dem „Nag.“ für das Fürstentum Lübeck ge- schrieben: Meines Erachtens müßte auch hier ein Ausbruch beibehalten werden, um das Verbleiben bei Oldenburg zu wirken. Den hiesigen, reichlichen Ton können wir Oldenburg nicht und würden uns denselben auch nicht gefallen lassen. Unsere ständigen Verhält- nisse, Finanzwirtschaft, Selbständigkeit, alle Egenungen, die unter der Oldenburgischen Regierung uns zuviel werden, wie wäre es dann vielleicht un- sie beizuführen können wir nicht etwa ausgenutzt

werden? Daß die Provinz Lübeck sowohl von Schleswig-Holstein, als auch von Lübeck mit offe- nen Armen aufgenommen werden würde, darüber wundert sich wohl keiner. Steht doch die Provinz Lübeck in finanzieller Beziehung unter allen deut- schen Staaten ziemlich oben. Wir leben unter ungünstigen Verhältnissen und würden es nie besser bekommen. Mit Freuden wären zu begrüßen, wenn sich un- sere Bevölkerung für ein Verbleiben bei Oldenburg bzw. für die Selbständigkeit der Provinz Lübeck entscheiden würde. Sollte froh- dem einmal ein Anschlag an einen anderen Staat zustande kommen - hoffentlich nie! - so müßte die Selbständigkeit in der Verwaltung unserer Lande bewahrt bleiben. Laßt uns sein ein einzig Volk von Brüdern, laßt uns zusammenhalten, uns als freie Oldenburger bekennen und die Selbst- ändigkeit bewahren!

Letzte Nachrichten.

Bergarbeiterstreik in England.

TU Berlin, 2. Dez. (Draht.) Aus dem Haag wird gemeldet, daß in England ein Streik ausgebrochen ist, weil bei einer Ge- samtabstimmung der Bergleute mit 575 Stim- men Mehrheit beschlossen wurde, die neuen Steuern, die von einem Jahreseinkommen unter 250 Pfund Sterling erhoben werden, nicht zu zahlen. Um diese Forderung durch- zusetzen, soll der Streik stattfinden. Es ist eine große Ueberraschung für die Gewerk- schaftsführer. Es wird erwartet, daß die Bergleute eine Ausnahmestellung vor ande- ren Steuerzahlern beanspruchen werden.

Die Verhandlungen innerhalb der Entente.

TU Berlin, 2. Dez. (Draht.) Die D. A. Z. meldet: Der in Paris eingetroffene Gesandte Aloja hatte eine Unterredung mit Clem- eau. Die Staatsrämer würden sich über die Haltung einigen, die man der Türkei ge- genüber einnehmen will. Außer der Erledi- gung dieser Streitfrage wird bei der am Frei- tag beginnenden Londoner Zusammenkunft die gegen Deutschland einzunehmende Haltung besprochen.

Der Oberste Rat und die Heimjendung der deutschen Kriegsgefangenen.

WTB Paris, 2. Dez. (Draht.) Der Fünfer- rat hat erneut über die Frage des Austausch der deutschen Kriegsgefangenen beraten. Gestern Abend ist der deutschen Friedensde- legation ein Entwurf überreicht worden. Heute wird die deutsche Kriegsgefangenenfrage er- örtert werden.

Der Papst für die Heimjendung der deutschen Kriegsgefangenen.

WTB Bern, 2. Dez. (Draht.) Einem Tele- gramm aus Rom zufolge soll der Papst den Erzbischof von Paris beauftragt haben, bei der französischen Regierung wegen Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen vorstellig zu werden.

Rückkehr der deutschen Gefangenen aus Ägypten.

TU Saarbrücken, 2. Dez. (Draht.) Aus ägyptischer Gefangenenschaft sind in der Pfalz im ganzen 2400 Mann aus ganz Deutschland ein- getroffen. Die Leute sind bereits monatelang auf dem Mittelmeer unterwegs.

Die Finanzreform und die deutschen Städte.

WTB Berlin, 2. Dez. (Draht.) Am 3. Dez. soll der Auspruch des deutschen Städtetages in Berlin über die neue Finanzreform be- raten.

Einigungsverhandlungen im Bitterfelder Streit.

TU Leipzig, 2. Dez. (Draht.) Nach Mittei- lungen von zuständiger Seite verläuft, daß die am Sonntag ergebnislos abgebrochenen Ein-igungsverhandlungen mit den Streikenden am Montag von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission (9 Arbeitgeber, 9 Arbeiter und ein unparteiischer Vorsitzender) fortgesetzt wurden, jedoch bis in die spätere Abendstunden ist eine Ein-igung nicht zustande gekommen. Aus dem Streik- gebiet verlautet, daß der Reichswehrminister Noske die Zufriedenheit gegeben hat, daß der Aus- nahmegesund bei Beendigung des Streiks sofort oder in Kürze aufgehoben werden wird.

Friedensverhandlungen Ungarns mit der Entente.

WTB Paris, 2. Dez. (Draht.) Der Fün- ferrat hat beschlossen, die neue ungarische Re- gierung aufzufordern, Friedensdelegierte nach Paris zu senden.

Scheidemann - Oberbürgermeister von Kassel.

WTB Kassel, 2. Dez. (Draht.) In der gefri- genen Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer erregten Aussprache, wie die Oberbürger- meisterstelle ausgefüllt werden solle. Bei der Abstimmung legten die sozial. Abgeordneten über die bürgerlichen, jedoch die Wahl Scheide- manns zum Oberbürgermeister als gesichert gilt.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wehla, Druck und Verlag: Wehlaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wehla.

Eisenministerium.

Nach den gefallenen Bestimmungen erhalten die Tierbesitzer von den Fleischmehlfabriken S. G. Hofkaß für den Kadaver eines jeden abgeliefer- ten Stückes Großvieh 4,50 M oder 3 M. Um den heutigen gestiegenen Werten der Häute von gefallenen Tieren Rechnung zu fragen, hat die genannte Fabrik sich bereit erklärt, neben dieser Vergütung eine besondere für solche Kadaver zu gewähren, die mit einer braudbaren Haut abge- liefert werden. Als Vergütung wird bis weiter gestellt.

- 1. für Rabe und Ochsen 120.- M
- 2. für Rinder über 18 Monate 100.-
- 3. für Rinder von 12-18 Monaten 80.-
- 4. für Rinder von 6-12 Monaten 40.-
- 5. für Kalber von der Geburt bis zu 6 Monaten 20.-
- 6. für Pferde über 2 Jahre 20.-
- 7. für Pferde von 1-2 Jahren und für Ponys und Esel 50.-
- 8. für Fohlen von der Geburt bis zu einem Jahr 15.-
- 9. für Ziegen und für Schafe mit Wolle 15.-

Dabei weist das Ministerium darauf hin, daß noch gefallene Bestimmungen alle gefallenen Tiere sowie die auf polizeiliche Anordnung un- schädlich zu machen Tierkadaver oder Kadaver- teile der genannten Fabrik überwiegen werden müssen. Ein vorheriges Öffnen und Öffnen ist verboten. Es dürfen außerhalb der Fabrik nur tierärztliche Sektionen an Kadavern vorgenom- men werden. Auch in solchen Fällen ist stets die Haut mit abzuliefern.

Auch bei notgeschlachteten Tieren, deren Fleisch vom Besizer für untauglich zum Genuß von Menschen erklärt worden ist, muß die Haut stets mit dem beanstandeten Fleisch abgeliefert werden. Die Polizeistationen sind angewiesen, Zuwider- handlungen gegen diese Vorschriften in allen Fällen zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen. Oldenburg, den 10. Nov. 1919.

Minister des Innern.

Zanzen.

Stadtmagistrat. Wehla, 1. Dez. 1919.

Bekanntmachung.

Den hiesigen Manufakturwarengeschäften ist zu Aufgabe an die minderbemittelten Eingewesenen unserer Gemeinde ein Posten Käse, Hembler, Al. Mollschin, Dress und Herrenstoffe zugeweiht worden.

Die Ausgabe erfolgt auf Bezugsschein. An- meldungen auf Berücksichtigung bei der Ausgabe haben bis spätestens Mittwoch, dem 3. Dezember d. J., abends 7 Uhr schriftlich an dem Rathhau- se zu erfolgen; sie können in den Briefkästen an der Rathausstraße gesteckt werden.

Die Verteilung wird nach Ablauf der Frist durch eine Kommission vorgenommen; den Perso-

nen, die berücksichtigt werden können, wird der Bezugsschein sodann zugestellt.

Die Sprechstunde des Amtsgerichts vom Dien- stag, 9. und Dienstag, 16. Dezember werden am Donnerstag, 11. und Donnerstag, 18. Dezember d. J. verlegt.

Damme, den 27. November 1919.

Amtsgericht.

Petroleum-Ausgabe.

am Mittwoch, dem 3. Dezember d. J.; der Preis stellt sich pro Liter auf 2,15 M.

Bei der vorigen Ausgabe ist der Petroleum in- solte irrtümlicher Angabe des Magistrats statt mit 1,30 M mit 1,80 M berechnet worden. Der zur- viel gezahlte Betrag von 60 J pro Liter wird bei der jetzigen Ausgabe zurückvergütet werden.

Wehla, 1919, Dezember 1.

Stadtmagistrat.

Gemeinde Dinlage.

Auf Judertarte von November gelangt in den Geschäften zur Ausgabe 1/2 Bld. Juder, 1 Bld. Sacherin-Eis, 3/4 Bld. Re. s.

Preis für Juder, feines, Pfund 92 Pfennig, Minderkuder pro Pfund 1 Mark, Sacherin pro Pfund 65 Pfennig, Preis 5,20 M, Sacherin in freier Handel, 1. Vel. in Nr. 271, per Pfd. 2 Mf.

Per Gemeindevorstand.

Gemeinde Dinlage.

Die Abnahme der Karzoffeln, die nach der Schätzung der letzten Woche noch zu liefern sind, erfolgt am Freitag, dem 5. Dezember, am Bahnhof Dinlage von morgens 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr. Es wird gebeten, etwas Stroh mitzubringen, um ein Verladen zu verhindern.

Roggen- und Kartoffel-Abnahme

am Freitag, dem 5. Dezember. Säcke können bei mir abgeholt werden. Hof. Baste, Rangförden.

Gemeinde Damme.

Die noch abzuliefernden Karzoffeln werden am Donnerstag, 4. Freitag, 4. Woche für die Bauer- schen Ost Damme, Bauerstadt Damme, Othenburg, Kestelage, Solte u. Pottinghausen; am Montag und Dienstag nächster Woche für die Bauerstadt Haverstedt, Haverstedt, Dammelschönhausen und Bortinghausen durch den Vertrauensmann G. Schillingen abgenommen.

Der Gemeindevorstand.

Zum Abruch zu verkaufen ein Wohnhaus,

Sackwerl, 8 1/2 Meter breit, 11 Meter lang und Viehhaus, Sackwerl, 9 Mr. breit, 14 Mtr. lang. Wilh. Siemann, Tenckel.

Kommission zur Teilung der Wulfenauer Mark.

Wehla, 28. Nov. 1919.

Bekanntmachung.

Nachdem die Teilung der Wulfenauer Mark von den Markgenossen beschlossen und dieser Beschluß vom Ministerium des Innern genehmigt worden ist, werden alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde die Grundstücke, welche geltend machen zu können, hierüber aufzufordern, ihren Anspruch in dem auf Dienstag, den 16. Dezember, vorzulegen 10 Uhr, in Michaels Wulfenauer zu Dinklage anwesend sein zu lassen und zu begründen, unter der Voraussetzung, daß die Berechtigungen der Nichtberechtigten nur nach den Grundlagen der übrigen Beteiligten in Rücksicht und sie auch in sonstiger Beziehung als mit den zu behandelnden zum Anstand ange- sehen werden sollen. Anschließend erfolgt durch ein von der Bekannmachung in den Oldenburgischen Nachrichten. Süd-ns.

Gemeinde Dinlage.

In den Geschäften kommt auf Nr. 5 der gelben Karte und Nr. 2 der grünen Karte der Monatszettel für Nov. zur Verteilung. Der Gemeindevorstand.

Fette Gänse.

Zahle pro Pfund bis 850 Mark.

Wehla. D. Borchers.

Holz-Verkauf.

Am Donnerstag, dem 4. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, läßt Jeller Hof, Henze in Zahlen 60 Hausen dices Eichen- u. Birken- Brennholz und mehrere Hausen Tannen, zu Kappeln x. c. passend, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Veranstaltung bei Zimmermann Klingenhof an der Geisse.

Käufer ladet freunblichst ein

Dinlage. F. Diekmann.

Jeder sein eigener Tischler!

Gende Univ. Hobelbank D. R. G. M. franco 21 Mark. für

Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr Hotel im Schil- müller.

Handelsverein Wehla.

Tagessordnung: 1. Abschluß eines Tarifvertrages. 2. Bericht über den

Die interessierten Firmen werden um Erscheinen erjudt.

Der Vorstand

Lohne.

Geflügel- und Kaninchen-Abnahme am Freitag, dem 5. Dezember, von 11-2 Uhr bei Wirt Nordhofs-Reet.

Wehla. Franz Suerdieck.

18. M.

zählt für la

Pferdehaare

N. Rexhausen, Wehla.

Zufendung in Postpaketen.

Kasse sofort nach Eingang.

In dem früher Pufferschen Garten, jetzt Dr. Casel's ge- heuer, in der Gartenstraße habe ich

gegen Hühner gelegt.

Wehla. Sophia Mülling.

Habe zu verkaufen:

ein 10-jähriges best. Arbeitspferd,

franz. und aufst. im Geschäft, guter Einpferder.

2 Pferdegeschirre (Sattelkappen, Sattel und Gürtel), neu;

ein 1-jährig. Hind.

Hof. Sauer, Zahlen bei Dinklage.

Geht zum Herbst oder Mai 1920 eine gute

Heuer,

zu verkaufen.

2 fette

zu verkaufen.

2 fette

zu verkaufen.

